

Bundesvorstand:
Prof. Dr. Rosemarie Will, Vorsitzende
Dr. Christoph Bruch
Franz-Josef Hanke
Johann-Albrecht Haupt
Dr. Jens Puschke
Dr. Fredrik Roggan, stellv. Vors.
Björn Schreinermacher
Hartmuth H. Wrocklage

Geschäftsführung:
Sven Lüders

Beiratsmitglieder:
Prof. Edgar Baeger
Prof. Dr. Thea Bauriedl
Prof. Dr. Volker Bialas
Prof. Dr. Lorenz Böllinger
Daniela Dahn
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Erhard Denninger
Prof. Carl-Heinz Evers
Prof. Dr. Johannes Feest
Prof. Dr. Monika Frommel
Prof. Dr. Hansjürgen Garstka

Prof. Dr. Gerald Grünwald
Dr. Klaus Hahnzog
Dr. Heinrich Hannover
Prof. Dr. Hartmut von Hentig
Heide Hering
Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch
Prof. Dr. Herbert Jäger
Prof. Dr. Walter Jens
Prof. Dr. Helmut Kentler
Elisabeth Kilali
Ulrich Krüger-Limberger
Prof. Dr. Erich Küchenhoff

Renate Künast, MdB
Prof. Dr. Martin Kutschka
Prof. Dr. Rüdiger Lautmann
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
Dr. Till Müller-Heidelberg
Prof. Dr. Heide Pfarr
Claudia Roth, MdB
Jürgen Roth
Prof. Dr. Fritz Sack
Klaus Scheunemann
Georg Schlaga
Helga Schuchardt

Prof. Klaus Staack
Prof. Dr. Ilse Staff
Prof. Dr. Wilhelm Steinmüller
Werner Vitt
Prof. Ulrich Vultejus
Dr. Klaus Waterstradt
Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB
Rosi Wolf-Almanasreh
Prof. Dr. Karl-Georg Zinn

Stand: Dezember 2007

BÜRGERRECHTSORGANISATION seit 1961

HUMANISTISCHE UNION e.V. – Landesverband Niedersachsen
c/o Burckhard Nedden, Harmshof 1, 30916 Isernhagen

An den Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Herrn Wolfgang Tiefensee
Fax: 030 18 - 300 - 2059

Bundesgeschäftsstelle:
Humanistische Union e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: 030 / 20 45 02 -56
Fax: 030 / 20 45 02 -57
info@humanistische-union.de
www.humanistische-union.de

**Humanistische
Union**

Berlin, 06.02.2008

Sehr geehrter Herr Minister,

endlich hat sich auch die Deutsche Bahn AG dazu durchgerungen, auf deutschen Bahnhöfen einer breiteren Öffentlichkeit in der Ausstellung „SONDERZÜGE IN DEN TOD“ den Anteil der Reichsbahn an der Deportation europäischer Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten nahe zu bringen. Leider geschieht dies erst nach einer langwierigen und zum Teil unwürdig geführten Auseinandersetzung um die Ausstellung „ZUG DER ERINNERUNG“. Diese Ausstellung stellt anhand von Lebensläufen, Video- und Bildmaterial exemplarisch das Schicksal von 11.000 jüdischen Kindern dar und ihre Deportation mit dem Zug in die Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Die Ausstellung „ZUG DER ERINNERUNG“ will die Opfer des Nationalsozialismus dem Vergessen entreißen und ihnen ihr Gesicht wiedergeben.

Die Initiative ist ein Beispiel für politisches Bürgerengagement und ist als Reaktion auf die strikte Weigerung des Bahnvorstandes ins Leben gerufen worden, eine entsprechende Ausstellung zum Thema auf deutschen Bahnhöfen zu präsentieren. Insbesondere Bahnchef Hartmut Mehdorn hat sich der Idee, eine historische Ausstellung auf deutschen Bahnhöfen zu präsentieren, bis zum Schluss verweigert. Gerade die Präsentation auf Bahnhöfen ist jedoch ein zentrales Element der Ausstellung, ermöglicht sie es doch die Information in die Zentren der Städte und zum Publikum zu bringen und sensibilisiert zugleich für die Thematik, indem sie die Stationen der Transporte in die Konzentrations- und Vernichtungslager nachzeichnet. Im Sinne der historisch-politischen Bildung will die Ausstellung „ZUG DER ERINNERUNG“ insbesondere Kinder und Jugendliche ansprechen, um sie über das Schicksal von Altersgenossen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik aufzuklären.

Die nun in Berlin, ohne die Beteiligung von Herrn Mehdorn, eröffnete Ausstellung des Bahnkonzerns „SONDERZÜGE IN DEN TOD“ kann unseres Erachtens auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Unternehmen nur höchst widerwillig seiner historischen Verantwortung stellt. Insbesondere der Umstand, dass die Bahn noch immer nicht bereit ist, die private Initiative „ZUG DER ERINNERUNG“ zu unterstützen, bestärkt diesen Eindruck. So erhebt die Deutsche Bahn AG weiterhin Gebühren für den Trassen- und Bahnhofs-Gebrauch, sowie für Strom und die Nutzung von Verbindungskabeln.

Wir, die Humanistische Union Niedersachsen, begrüßen es sehr, dass Sie, Herr Minister, die Berliner Initiative mit 15.000 EURO unterstützen wollen. Die Kosten der bundesweiten Initiative „Zug der Erinnerung“ belaufen sich nach Schätzungen ihres Sprechers Hans-Rüdiger Minow auf 500-600.000 EURO. Wir halten die Forderung nach Verzicht auf finanzielle Forderungen seitens der Deutschen Bahn AG bzw. die Übernahme der Kosten durch den Bund nach wie vor für richtig und begründet und wünschen uns eine diesbezügliche Initiative Ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Alexander Glienke
Landesvorstand Humanistische Union Niedersachsen